

## Für ein erfolgreiches Jahr 2006!

### Vorstand und Beirat berieten

**Am 14. Dezember traf sich der Vorstand zum ersten Mal in der neuen Wahlperiode mit dem Beirat. Nach der kritischen Einschätzung der gegenwärtigen Lage und einem Blick auf die kommenden Aufgaben durch den Vorsitzenden Horst Parton wurden die Mitglieder des Beirates in ihrer Funktion bestätigt, neue Beiratsmitglieder wurden berufen und ausscheidende verabschiedet.**

Horst Parton erklärte u.a.: Das Jahr 2005 war geprägt von politischer Achterbahnfahrt. Wer hätte zu Beginn des Jahres gedacht, dass die Weihnachtsansprache von einer Kanzlerin Merkel gehalten wird? Wer hätte es für möglich gehalten, dass es nochmals einen Bundesinnenminister Schäuble gibt, der uns in unserer Sache helfen könnte – oder auch nicht? Wer hätte damit gerechnet, dass die SPD nach nur anderthalb Jahren Muntefering mit einem neuen Vorsitzenden Platzeck aufwartet? Wer hätte überhaupt darauf gewettet, dass Neuwahlen ausgerufen werden?

Wer hat damit gerechnet, dass im Ergebnis dieser Neuwahlen wieder eine starke Linke im Parlament vertreten ist und sich damit die politischen Bedingungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit sicherlich etwas verbessern könnten?

Dennoch, alte oder neue Regierung, altes oder neues Parlament, eine Konstante ist geblieben: Der Sparhammer kreist nach wie vor über unseren Köpfen und schlägt in regelmäßigen Abständen zu.

Zahlreiche Veranstaltungen, die gemeinsam mit dem Ostdeutschen Kuratorium, Sozialverbänden und Bündnissen für soziale Gerechtigkeit sowie anderen politischen Kräften organisiert und durchgeführt wurden, brachten die Politiker in diesem Land nicht zur Besinnung. Die Massenarbeitslosigkeit ist weiterhin die Hauptsorge der Menschen. Obwohl die Bevölkerung bei der Wahl im September unmissverständlich klargemacht hat, dass sie keine Demontage des Sozialstaates will und CDU/CSU wie SPD gleichermaßen für ihre unsoziale Politik abgestraft hat, liegen der Koalitionsvertrag und die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin auf der gleichen alten Linie: Viel Haushaltssanierung auf Kosten der »kleinen Leute«, wenig Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur.

Die für 2007 angekündigte drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozent auf dann 19 Prozent wirkt überproportional

nachteilig auf Arbeitslose und Bezieher kleiner Einkommen und in Verbindung mit weiteren Nullrunden auf die Rentner. Fehlende Kaufkraft wird die Binnenmarktschwäche weiter verstärken. Es ist eine alte Weisheit: Wenn man das Einkaufen teurer und die Arbeit billiger macht, wird die Wirtschaft nicht die dringend nötigen Nachfrageimpulse erhalten.

Weitere Verschlechterungen sind für die nächsten Jahre vorgesehen. Aber eben nur für die kleinen und mittleren Leute.

An anderer Stelle ist der neue Finanzminister Steinbrück großzügig: Erben eines Betriebes brauchen bei zehnjähriger Fortführung überhaupt keine Steuern zu zahlen – obwohl kein Fall bekannt ist, bei dem ein Betrieb wegen der Erbschaftsteuer geschlossen werden musste.

Die Einführung der sogenannten Reichensteuer erweckt den Eindruck, dass auch Gutbetuchte ihr Scherflein beitragen. Die deutschen Konzerne haben im vergangenen Jahr soviel verdient wie noch nie. Die Firmen des Frankfurter Börsenindex DAX haben gegenüber dem vorhergehenden Jahr 60 % mehr verdient und die Dividendenzahlungen wurden um 40 % erhöht. Damit das in dieser Größenordnung bleibt, wird weiterer Personalabbau angekündigt. Die Deutsche Telekom ist Spitzenreiter bei der Arbeitsplatzvernichtung: 32.000 Stellen sollen in den kommenden Jahren verschwinden.

Mitglied von ISOR zu sein lohnt sich. Gemeinsam mit Sozialverbänden werden wir uns stark machen für eine Gesellschaft, in der die Interessen von Beschäftigten, von Erwerbslosen, von Alten und Jungen, von Bürgerinnen und Bürgern mehr wert sind als steigende Rendite. Wir finden, dass alle ein Einkommen brauchen, mit dem sie auskommen können, und dass die Lasten zur Finanzierung eines guten Gemeinwesens gerecht zwischen starken und schwachen Schultern verteilt sein sollten. Das hört sich selbstverständlich an, aber oft genug sieht die Realität ganz anders aus, wie das die neue

große Koalition fast täglich unter Beweis stellt. Ein Schelm ist, wem da Wahlbetrug in den Sinn kommt.

Wie der Koalitionsvertrag und die Regierungserklärung von Frau Merkel zeigen, muss kräftig gespart werden. Währenddessen bleibt die Liste der Privilegien der Politiker und Großunternehmer lang, Privilegien, die uns angesichts der Sparvorhaben für die »kleinen« Leute wütend machen. Politiker sollten immer bedenken, Aufforderungen an die Bürgerinnen und Bürger, den Gürtel enger zu schnallen, fallen nur dann auf fruchtbaren Boden, wenn man mit gutem Beispiel vorangeht.

Müssen die gewaltigen Pensionen der Politiker sein? Pensionen, für die ein normaler Arbeitnehmer mehrere Leben bräuchte, um sie zu erreichen. Und es muss die Frage erlaubt sein: Ist der Verdienst unserer Politiker so schlecht, dass viele ohne einen Nebenjob, in der Regel in Aufsichtsräten, nicht auskommen?

Natürlich sparen auch unsere Politiker. Am Beispiel der Verlängerung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst und der Halbierung des Weihnachtsgeldes wird das deutlich. Frau Merkel erklärte, dass das ganze Vorhaben auch auf sie und ihre Minister zutreffe. Wer jedoch z.B. bisher 10.000 EUR Weihnachtsgeld erhielt und jetzt nur noch 5.000 EUR überwiesen bekommt, für den fällt Weihnachten nach wie vor üppig aus. Ganz zu schweigen von der überhöhten Versorgung der ausscheidenden Staatssekretäre.

Das kommende Jahr wird für ISOR auch ein Jahr der Überlegungen und der Zukunftsorientierung sein. Unsere traditionellen Kernaufgaben – die Beseitigung des Rentenstrafrechts und der Versorgungsbenachteiligung – werden wir keineswegs vernachlässigen. Kritisch, sachlich und konstruktiv werden wir weiter um soziale Gerechtigkeit kämpfen.

Ich bin sicher, dass der Eine oder Andere in unserer Initiativegemeinschaft noch erkennen wird, dass diese Pflichterfüllung auch Freude

➤ **Fortsetzung auf Seite 2**

*Der Vorstand der ISOR e.V. und die Geschäftsstelle bedanken sich für die von Sozialverbänden, TIG-Vorständen und einzelnen ISOR-Mitgliedern übermittelten Weihnachts- und Neujahrsgrüße, die oft mit Willenserklärungen über die Fortführung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht sowie die Bereitschaft zu aktiver Unterstützung verbunden wurden.*

*Übereinstimmung besteht darin, dass nur im gemeinsamen Ringen im Kampf um soziale Gerechtigkeit Erfolge erzielt werden können.*

**Karl-Heinz Hypko**  
Geschäftsführer

### ➤ Fortsetzung von Seite 1

bereiten kann. Ob Du und Du Deutschland bist, bleibt höchst fraglich. Unsere Kampagne geht ganz anders: Wir sind ISOR, was eben auch bedeutet: Da zu sein für die Betroffenen ohne lähmende Geschwätzigkeit. Ich freue mich auf die anstehenden Diskussionen und Auseinandersetzungen im kommenden Jahr.

Mit den Beschlüssen der Vertreterversammlung und der Wahl des neuen Vorstandes haben wir gute Grundlagen für die inhaltliche Gestaltung der Arbeit von ISOR geschaffen. Jetzt gilt es, das bisher Erreichte zu sichern und uns verstärkt den Aufgaben zuzuwenden, die wir mit aller Konsequenz im Jahr 2006 lösen müssen.

Das, was wir wollen, haben wir erneut in Briefen an die Bundeskanzlerin sowie die Minister für Arbeit und Soziales sowie Inneres deutlich gemacht. Das muss jetzt mit politischen Aktivitäten aus den TIG's unteretzt werden.

### Aus der Diskussion auf der Vorstands- und Beiratsberatung am 14.12.05

**Prof. Dr. Wolfgang Edelmann** berichtete, dass die gemeinsame Arbeitsgruppe zur Klärung der Einkommensverhältnisse des MfS, unterstützt durch Fachleute, bis Mitte Februar 2006 das vorhandene Material nach Teilkomplexen sichtet und bis zum gleichen Zeitpunkt die Methodik der weiteren Auswertung festlegen wird.

Zur Erlangung der Daten des Bundesverwaltungsamtes wurde der neue Innenminister Schäuble angeschrieben mit dem Ziel, eine außergerichtliche Einigung zu erreichen.

Minister Müntefering wurde nochmals aufgefordert, die Einkommensdaten aus der Volkswirtschaft der DDR zur Verfügung zu stellen, ansonsten wird die vorbereitete Aktion auf der Basis des Informationsfreiheitsgesetzes gestartet.

Die Auseinandersetzung mit der aktuellen E 3-Problematik wurde in Gang gebracht. Der BRH erteilte Prof. Dr. Merten den Auftrag für ein Gutachten, an dem sich ISOR finanziell beteiligen wird. Gleichzeitig sollen Musterverfahren mit Betroffenen, die nicht Angehörige der bewaffneten Organe waren, geführt werden.

Durch Aufruf wieder in Gang gesetzt werden Verfahren zu den Dienstbeschädigtenrenten unter Berufung auf Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes. Weitergeführt wird auch die Auseinandersetzung zum Dienstbeschädigtenausgleich,

Die Hauptkraft ist auf die Klärung der Einkommensverhältnisse des MfS zu richten.

Die Weigerung zur Herausgabe der Daten des Bundesverwaltungsamtes besteht fort und die dazu ergangene Aufforderung für Schreiben an die Birthler-Behörde bleibt weiter aktuell.

**Dr. Rainer Rothe** sprach zur Arbeit der Arbeitsgruppe Recht und stellte heraus, dass der Auskunftsbedarf zum AAÜG spürbar zurückgegangen sei. Zu den Ursachen zählt u.a. auch die deutliche Verbesserung der Rechtskenntnisse der Mitglieder. Die Beratung müsse eine neue Qualität erhalten und auch, soweit das möglich ist, Fragen zum Erbrecht, zu Patientenverfügungen, zu Hartz IV, zum Mietrecht, zum Zivilrecht u.ä. beantworten. Das könne durch die Arbeitsgruppe Recht im Einzelfall nur zum Teil geleistet werden. Es solle aber niemand weggeschickt werden. Zu den genannten Rechtsfragen müssten auch verstärkt Publikationen erfolgen bzw. auf solche hingewiesen werden.

**Werner Liefke** hob hervor, dass der absehbar lange Zeitraum unseres weiteren Kampfes die Ausprägung der Verbindung der Mitglieder zu den TIG erfordert. Bezugnehmend auf die Erfahrungen von R. Rothe erläuterte er die Erfahrungen der TIG Prenzlau, durch Einladung kompetenter Personen, Hilfe in Rechtsfragen und persönlich interessierenden Angelegenheiten zu organisieren. Ziel sei es dabei, dass alle Mitglieder ISOR als »Heimat« empfinden.

**Karl-Wilhelm Wolff** schätzte ein, dass in den TIG die Rentenproblematik zwar weiter im Mittelpunkt stehen müsse, aber darüber hinaus ein aktuelles und interessantes Vereinsleben gestaltet werden muss. Die Veranstaltungen von ISOR müssten menschliche Wärme spenden und unterschiedliche Themen aufgreifen. Besondere Aufmerksamkeit widme seine TIG der Erweiterung und Profilierung der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit.

**Horst Parton** griff in seinen Schlussbemer-

kungen die Anregung zur Weiterentwicklung des Vereinslebens auf. Dabei gelte es, die Satzung voll auszuschöpfen und die guten Erfahrungen anderer Verbände und Vereine auszuwerten, aber auch die dort vorhandenen Möglichkeiten mit zu nutzen. ISOR habe sich durch seinen Sachverstand Anerkennung erworben. Die sozialpolitische Lage sei sehr ernst. Die Einschnitte in den sozialen Bereich erfordern die Solidarität mit anderen Sozialverbänden und aktives Handeln zur Sicherung des Erreichten.

### In den Beirat wurden berufen:

Horst Becker, Rostock  
Prof. Dr. Helmut Eck, Potsdam  
Klaus Eichner, Lentzke  
Peter Fränkel, Gera  
Wolfgang Henter, Leipzig  
Siegfried Jesse, Berlin  
Werner Liefke, Prenzlau  
Helmut Holfert, Berlin  
Joachim Karlick, Dresden  
Siegfried Korth, Magdeburg  
Dr. Dieter Lehmann, Dresden  
Walter Menz, Tambach-Dietharz  
Erhard Mutschke, Fürstenwalde  
Joachim Schaufuß, Chemnitz  
Klaus Schlegel, Berlin  
Peter Schlegel Suhl  
Fred Schmidt, Haldensleben  
Hans Schneider, Bützow  
Heinz Schulz, Cottbus  
Wolfgang Schulz, Berlin  
Bruno Sudy, Greifswald  
Dr. Henri Weiße, Berlin  
Karl-Wilhelm Wolff, Neubrandenburg

### Aus der Diskussion auf der Vertreterversammlung am 12. November 2005

Rechtsanwalt **Benno Bleiberg** verwies auf die nunmehr 13-jährige Zusammenarbeit seines Rechtsanwaltsbüros mit ISOR e.V. und die erreichten Erfolge bei der Beseitigung von Rentenkürzungen für Angehörige von Sonderversorgungssystemen. Auch wenn der erste Anlauf zur Aufhebung der Rentenkürzungen für die Mitarbeiter des MfS gescheitert sei, werde der Kampf fortgeführt. Die Voraussetzungen für einen erneuten Versuch der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes seien jetzt geklärt.

Da die bisherigen Gutachten nicht ausreichend waren, sei die Erschließung weiterer Daten derzeit das Wichtigste. Es werde voraussichtlich nur möglich sein, Regelungen für die Zukunft zu erreichen. Der Kampf im Zusammenhang mit den neuen Regelungen zu den E 3-Fällen gehe weiter.

**Dr. Martina Bunge** überbrachte – auch im Namen von Dr. Gesine Löttsch – herzliche Grüße von der Linkspartei und des erkrankten

Prof. Dr. Axel Azzola. Die 54 Abgeordneten der Fraktion »Die Linke.« im Deutschen Bundestag repräsentieren eine neu entstehende linke Bewegung, eine neue soziale Idee gegen den Neoliberalismus. Sie dankte dem Vorstand und den Mitgliedern von ISOR für die erwiesene Unterstützung und äußerte Verständnis für die damit verbundenen riesigen Erwartungen.

Zur Erreichung der Abschaffung des Rentenstrafrechts sei es nötig, sich über Strategie und Taktik zu verständigen. Neue Aktivitäten müssten zwingender und ausreichend begründet werden, so z.B. durch die Klärung der Einkommensverhältnisse.

Denkbar sei, durch Anträge im Bundestag den Zugang zu Daten zu befördern und stufenweise, verbunden mit außerparlamentarischen Aktionen und gerichtlichem Vorgehen weiter voranzukommen.

Dr. Martina Bunge sprach sich für die Stärkung der Arbeitsbeziehungen zu ISOR e.V. aus.

### ➤ Fortsetzung von Seite 2

Sozial und solidarisch für mehr Gerechtigkeit müsse im Parlament und außerhalb gestritten werden.

**Michael Räthel** überbrachte die solidarischen Grüße der Einzelmitglieder aus dem Westen. Er berichtete über deren Probleme und Sorgen und wertete dazu eine Reihe von Briefen weiterer Einzelmitglieder an den Vorstand aus. Diese seien froh, dass es ISOR gibt. **ISOR aktuell** sei für sie ein Stück Heimat.

Michael Räthel berichtete über seine Erfahrungen und seinen Einsatz in einem örtlichen »Bündnis gegen Sozialkalkschlag« bis hin zur Teilnahme an der Großdemonstration in Berlin am 05.11.2004.

Er schlug vor, auch in den westlichen Regionen ISOR-Treffen durchzuführen und »Freundeskreise« zu gründen.

Auch an Zusammenkünfte Ehemaliger (»Reservistentreffen«) sei zu denken, die verbunden mit kulturellen Aktivitäten »in der politisch und geistig-kulturell umnachteten Welt der Bundesrepublik Deutschland« Kraft und Mut vermitteln würden.

In Briefen von Einzelmitgliedern sei auch der Ruf nach mehr öffentlicher Aufklärung über die DDR enthalten. Aus noch mehr Bereichen müssten fähige Leute gefunden werden, die auf Angriffe gegen das Leben in der DDR reagieren.

**Herbert Becker**, Vorsitzender Ehemalige im Landesverband Ost des Deutschen Bundeswehrverbandes, übermittelte der Vertreterversammlung seine persönlichen Grüße und die Grüße »vieler, aber nicht aller Mitglieder« seines Verbandes.

ISOR sei mit großem Enthusiasmus ange treten und werde als Interessenvertretung akzeptiert und anerkannt. Die Forderungen seien die gleichen und Schritt für Schritt konnten Nachbesserungen bei den Renten erreicht werden. Das letzte Gesetz sei mit Sicherheit nicht das letzte.

Vom 28.11.–2.12.2005 tagte die 17. Mitgliederversammlung des Deutschen Bundeswehrverbandes, auf der etwa 100 Anträge des Landesverbandes Ost zur Debatte stehen, darunter Forderungen nach:

- Vollständiger Umsetzung des Urteils des BVerfG zu den E-3-Fällen;
- Wiederherstellung der Wertneutralität in den Rentenangelegenheiten;
- Angleichung der Rentenwerte;
- Ausschluss weiterer Nullrunden;
- Zahlung der Dienstbeschädigtenrenten in voller Höhe;

Die Ehemaligen im Landesverband Ost des DBwV werden auch künftig mit den anderen Sozialverbänden zusammenarbeiten und diese Zusammenarbeit bei Notwendigkeit auch auf höherer Ebene koordinieren.

**Horst Strohschein** (TIG Strausberg) verwies auf den Unwillen der Politiker, das Rentenstrafrecht abzuschaffen und die Notwendigkeit, Resignation bei einzelnen Mitgliedern im kameradschaftlichen Gespräch zu überwinden.

35 Betreuer stellen ein wichtiges Bindeglied zu den fast 430 Mitgliedern der TIG dar. Sie haben wesentlichen Anteil an guten Ergebnissen beim Schreiben von Petitionen und von Briefen an Politiker. 14 neue Mitglieder konnten gewonnen werden. Wünschenswert wäre ein stärkerer Erfahrungsaustausch der TIG, besonders zur Arbeit mit älteren Vereinsmitgliedern (z.B. Thema Patientenverfügungen oder Vorsorgevollmachten).

**Prof. Dr. Siegfried Mechler**, Vorsitzender der Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Hilfe, übermittelte die Grüße der Mitglieder der GRH. Die Fortsetzung und Verfestigung des neoliberalen Kurses mache unseren Kampf schwerer und langwieriger.

Die GRH führt einen langfristigen Kampf gegen das politische Strafrecht gegenüber ehem. Bürgern der DDR. An alle Bundestagsparteien richtet die GRH folgende vier Forderungen:

- Aufhebung/Erlass der Strafen, Einstellung ruhender Verfahren und Tilgung der Verurteilungen;
- Aufhebung ehrverletzender Rechtsvorschriften (Rehabilitierung, Rentenunrecht, Überprüfungen im öffentlichen Dienst);
- Auflösung aller Einrichtungen/Institutionen des Kalten Krieges, speziell der Birthler-Behörde und diverser Gedenkstätten;

➤ Erarbeitung eines objektiven Geschichtsbildes, das Lehren für ein friedliches, demokratisches und soziales Deutschland vermittelt.

In diesem Kampf ist Solidarität von großer Bedeutung, auch zwischen ISOR und GRH.

**Prof. Dr. Wolfgang Edelmann** schätzte ein, dass erst jetzt erkennbar werde, wie viel Arbeit es bedeute, welch langer Weg zurückzulegen und welche ungeheuren Hindernisse zu überwinden seien, um die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ins Wanken zu bringen.

Von größter Bedeutung sei die Mobilisierung der Mitglieder im Kampf für die Herausgabe der Unterlagen. Mit Petitionen und Briefen müsse immer wieder gefordert werden: »Gebt die Daten des Bundesverwaltungsamtes heraus!« Im Januar 2006 beginne die »Aktion Münze«. 24.000 Mitglieder von ISOR können 24.000 Anträge stellen, um vom zuständigen Ministerium Münzferings die Herausgabe der Berechnungsgrundlagen für die Ermittlung der Durchschnittseinkommen zu erzwingen.

Dr. Martina Bunge sei zuzustimmen, was das weitere Vorgehen betrifft. Das bedeutet die Konzentration auf die Klärung der Einkommensverhältnisse. Die Grundforderung bleibt: Rente bis zur Beitragsbemessungsgrenze.

Die schriftlich eingereichten Diskussionsbeiträge von **Hans-Joachim Möllenberg** (TIG Prenzlau) und **Werner Schmidt** (TIG Cottbus) können im Internet nachgelesen werden.



**Aus unseren  
TIG**



Mit der Wahl des neuen Vorstands der TIG **Neubrandenburg** wurde ein Verjüngungsprozess eingeleitet und in der Aussprache ein Ausblick auf mögliche Aktivitäten in der kommenden Zeit gegeben. Dem langjährigen Vorsitzenden Franz Pieschel dankten Vorstand und Mitglieder mit herzlichen Worten für seine unermüdliche und erfolgreiche Arbeit. Unser Freund Franz Pieschel bleibt uns aber als Funktionär für Finanzen und Statistik erhalten. Wir werden unsere berechtigten Ansprüche nicht losgelöst von anderen sozialen und politischen Bewegungen durchsetzen können. Deshalb halten wir es für angebracht, die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Vereinen oder Gruppierungen zu verstärken. Dass ein Mitglied von ISOR seit längerem im Seniorenbeirat der Stadt Neubrandenburg und neuerdings als Vorstandsmitglied sowohl des Seniorenbeirates als auch unserer TIG tätig ist und nun auch des Landesseniorenbeirates, spricht

für eine gute Arbeit des alten Vorstands. Am 02.12.05 fand eine erste gemeinsame Veranstaltung unserer TIG mit der TAG der GRH Neubrandenburg zur Rolle der Gruselkabinette in der Erinnerungsschlacht statt, die Selbstvertrauen stärkte, Mut machte und Zuversicht gab. Weiterhin haben wir uns eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zum Ziel gestellt und sind dabei, die Möglichkeiten auszuloten. Es müssen sich mehr Stimmen – vielleicht erst einmal in Form von Leserbriefen – öffentlich erheben und verstärkt die einseitige Negativpropaganda über die DDR und ihre engagierten Bürger, über Lüge und Verleumdung zurückweisen. Die Geschichte des anderen deutschen Staates ist offiziell tabu, denn in der alten BRD ist ja immer alles richtig gemacht worden. Wozu brauchen wir also eine Geschichtsaufarbeitung der BRD? Wir sind dabei, die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen einer Arbeitsgruppe zu entwickeln und auch als TIG

➤ Fortsetzung auf Seite 4

### ➤ Fortsetzung von Seite 3

von ISOR vermehrt die Öffentlichkeit selbst zu suchen.

**Gerhard Kurzke**



Mit dem Ziel, unsere Gemeinschaft zur erfolgreichen Lösung der bevorstehenden Aufgaben weiter zu stärken, hat der Vorstand der TIG Cottbus eine langfristig angelegte Aktion zur Gewinnung von Mitgliedern gestartet.

Auf der Grundlage persönlicher Gespräche haben in den letzten sechs Monaten 54 vom Rentenstrafrecht immer noch Betroffene ihren Beitritt zu ISOR e. V. erklärt. Der Vorstand der TIG Cottbus spricht allen an dieser erfolgreichen Aktion Beteiligten den Dank aus.

Besondere Anerkennung gilt unserem Vereinsfreund Alfred Linge. Er hat allein zehn bis-

her noch Abseitsstehende als Mitglieder für unsere TIG gewonnen. Alfred Linge hat erklärt, dass er seine Aktivitäten zur Werbung weiterer Mitglieder auch in den kommenden Monaten fortsetzen wird. Wir rufen alle Mitglieder auf, dem Beispiel unseres Vereinsfreundes Alfred Linge zu folgen!

**Werner Hunger**



Moralische und soziale Unterstützung ist ein wesentliches Kriterium des Zusammengehörigkeitsgefühls in unserer TIG **Templin**. Mit 18 Mitgliedern haben wir uns vor 13 Jahren unmittelbar nach der Auftaktveranstaltung in Neubrandenburg gegründet. Die Gründungsveranstaltung wurde noch im ehemaligen VPKA durchgeführt. Trotz der bisherigen 10 Todesfälle und acht Austritte haben wir heute eine TIG-Stärke von 60 Mitgliedern.

Es ist äußerst positiv zu bewerten, wenn unsere ehemaligen VP- und NVA-Angehörigen zum Ausdruck bringen: »Auch wenn wir unser Ziel durch Widersprüche und Klagen mit Hilfe von ISOR und dem Rechtsanwaltsbüro Bleiberg und Schippert im wesentlichen erreicht haben, so möchten wir Seite an Seite weiter mit den ehemaligen MfS-Angehörigen für Rentengerechtigkeit kämpfen.«

Unser Mitglied Karl Bullerjahn, der nach langem Warten im November 2005 seine Vergleichsrente und damit eine Nachzahlung erhalten hat, erklärte sofort beim Vorsitzenden der TIG seine Bereitschaft, 1000 Euro für ISOR zu spenden.

Eine solche Geste zeugt von einer festen Verbundenheit zu ISOR und zu seiner TIG und unterstützt unseren weiteren gemeinsamen Kampf um Rentengerechtigkeit. **Heinz Matzdorf**

### Aus der Postmappe:

Hierdurch möchte ich mich für die Anregung, mit ununterbrochener Energie Beschwerden an die Behördenleiterin BIRTHLER und Petitionen an den Bundestag für die Beseitigung des Rentenstrafrechts zu senden, herzlich Dank sagen. Der Musterbrief war für mich Anlass, mich auch an diese zu wenden, als Ergänzung meiner Briefe an den Petitionsausschuss des neuen Bundestages, den neuen Bundeskanzleramtsminister de Maiziére und das Bundesverwaltungsamt.

Es ist nicht nur notwendig, den politischen Druck auf die Zuständigen des Staates zu erhöhen, sondern auch die Verzagten, Mutlosen und die den Kampf Aufgebenden zu ermutigen, in den Anstrengungen, auch wenn sie noch lange Zeit notwendig sein werden, nicht nachzulassen.

Meinen Brief an die BIRTHLER-Behörde stelle ich deshalb zur Veröffentlichung zur Verfügung.

**Armin Lufer, Berlin**

Anmerkung der Redaktion: Der Brief kann im Internet unter Leserbrief nachgelesen werden.



In **ISOR aktuell** 09/05, Seite 4 wurde über das Buch »Gruselkabinett« informiert. In Abstimmung mit der GRH, der GBM und dem DBwV in Dresden wurde am 27. Oktober eine gemeinsame Veranstaltung durchgeführt, und es kamen ca. 190 interessierte Teilnehmer, auch aus anderen Organisationen. Der Leiter des Spotless-Verlages Dr. Klaus Huhn und der Dresdner Historiker Prof. Horst Schneider sprachen zu den Hintergründen und Zusammenhängen der politisch gewollten Geschichtsfälschung im Zusammenhang mit der sog. Gedenkstätte Hohenschönhausen. Analog wird auch in Dresden an der Errichtung einer »Ge-

denkstätte« im Objekt der Untersuchungshaftanstalt der BV Dresden des MfS gearbeitet.

Die Anwesenden wurden überzeugend informiert, wie durch die herrschenden Politiker der BDR politisch gewollt eine Leugnung, ja Verunglimpfung der Geschichte der DDR und insbesondere des MfS/AfNS erfolgt und dazu erhebliche Mittel bereit gestellt werden trotz angeblich leerer Staatskassen. Fragen zu weiteren Hintergründen dieser verleumderischen Machenschaften wurden durch Autor und Verleger überzeugend beantwortet.

Ein Teilnehmer brachte zum Ausdruck, er begrüße diese Veranstaltung, meist fehlen solche konkreten Informationen zu Hintergründen, sie richten uns auf und geben Kraft.

Spotless Bücher lesen und Dr. Klaus Huhn hören ist ein Genuss!

**Günter Wenzel, Dresden**



Im Oktober fand in Dresden ein nicht alltägliches Treffen statt: Angehörige der ehemaligen 6. Batterie der Artillerie-Offiziersschule (Dienststelle Dresden III) mit ihren Ehefrauen waren anlässlich des 50. Jahrestages unserer Ernennung zum Offizier zusammengekommen. Es war ein freudiges Erkennen – manche sahen sich erstmalig seit 50 Jahren wieder; alte Erinnerungen wie spätere Erfahrungen wurden ausgetauscht.

Neben Besichtigungen der alten neuen Elbestadt Dresden wurde es möglich (dafür Dank an die Standortkameradschaft »ERH Dresden), unser altes Objekt zu besuchen, in dem sich jetzt die Heeresschule der Bundeswehr befindet. Dort hat sich nicht nur äußerlich alles verändert. Im Zuge der technischen Entwicklung gibt es jetzt Möglichkeiten bei der Ausbildung, von denen wir damals nicht zu träumen wagten. Dazu erhielten wir dort Informationen über Entwicklung und Nutzung der umfangrei-

chen militärischen Liegenschaften in der »Alberstadt« von Kaisers Zeiten bis heute. Historisch interessant – über die heutige Wertung dessen kann man geteilter Meinung sein.

Gleiches gilt für die veränderte Situation im »wieder-vereinten« Deutschland. Ob ausgesprochen oder nicht - unser Treffen stand unter dem Konsens, dass unser damaliges wie späteres Tun und Handeln unter dem Aspekt der gegebenen Umstände und Bedingungen betrachtet richtig war.

**Herbert Lühr, Erfurt**

### Internetinformationen:

Im Bericht des Vorstands an die Vertreterversammlung vom 12.11.2005 wird gefordert, im Einklang mit der Satzung unseres Vereins für unseren Kampf gegen das Rentenstrafrecht wichtige Zurückweisungen verleumderischer Angriffe gegen die DDR und ihre bewaffneten Organe informierend zu begleiten.

Die Redaktion wird in Erfüllung dessen künftig an dieser Stelle vor allem auf Artikel und Zuschriften an uns oder andere Publikationsorgane aufmerksam machen, die dieses Anliegen befördern, aus Platzgründen jedoch in unserer monatlichen Ausgabe keine Aufnahme finden können. Zuschriften werden jedoch in unserer Internet-Site unter [www.ISOR-Sozialverein.de/Meinungen](http://www.ISOR-Sozialverein.de/Meinungen) veröffentlicht. Wir bitten, ggf. selbständig solche Veröffentlichungen auszudrucken und deren Verbreitung zu veranlassen.



In diesem Sinne machen wir heute auf einen Beitrag unseres Freundes Karl Bachmann aus Schwerin aufmerksam, der unter »Neues aus dem Hause BIRTHLER« informiert und Stellung nimmt zu einer Buchveröffentlichung eines Angestellten der Außenstelle Rostock der BIRTHLER-Behörde, betitelt: »NS-Verbrecher und Staats-

### ➤ Fortsetzung von Seite 4

sicherheit – Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR.«

Der Autor versucht nachzuweisen, dass das MfS Nazi- und Kriegsverbrecher des Dritten Reiches in der DDR gedeckt und sie vor Bestrafung geschützt habe, indem man sie mit ihrem belastenden Wissen erpresst und sodann als IM angeworben habe. »Historische Wahrheit aber ist,« so betont unser Freund Bachmann, »dass das MfS personell wie auch in den Ziel- und Aufgabenstellungen von Beginn an konsequent antifaschistisch ausgerichtet war. ... Ich lasse mir und meinen ehemaligen Mitarbeitern von niemandem weder meine antifaschistische Gesinnung noch Handlungsweise absprechen.«

An den Buchautor hat er einen längeren Brief zur Sache geschrieben, bisher aber noch keine Antwort erhalten. Wir werden über die weitere Entwicklung informieren, wenn es wieder »Neues aus dem Hause Birthler« gibt.

Der Beitrag kann nachgelesen werden unter [www.isor-sozialverein.de/Meinungen](http://www.isor-sozialverein.de/Meinungen)

In Zuschriften berichteten die TIG **Dresden, Güstrow, Prenzlau, Rostock, Marienberg /Zschopau** und **Schwerin** über die Auswertung der Vertreterversammlung in ihren TIG.

Die Zuschriften können im Internet unter [www.ISOR-Sozialverein.de/Aus unseren TIG](http://www.ISOR-Sozialverein.de/Aus_unseren_TIG) nachgelesen werden.

### Bei anderen gelesen:

In ihrer »Information Nr. 7/2005« veröffentlichte die GRH im Dezember 2005 einen »Beitrag zur Wahrheit über die Untersuchungshaftanstalt und das Untersuchungsorgan des MfS in Auseinandersetzung mit den Lügen, Verleumdungen und Anschuldigungen, die in der »Zentralen Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen« verbreitet werden« von Siegfried Ratajzik.

Die Information ist bei der GRH-Geschäftsstelle, Franz-Mehring Platz 1, 10243 Berlin erhältlich, sie ist im Internet unter [www.grh-ev.org](http://www.grh-ev.org) veröffentlicht

### Der Vorstand teilt mit:

Anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der NVA organisiert ein Initiativkomitee eine Veranstaltung mit geladenen Teilnehmern in Altlandsberg, an der eine ISOR-Delegation mit Horst Parton, Prof. Dr. Wolfgang Edelmann und Manfred Volland teilnehmen wird. Der Vorstand empfiehlt den TIG, den Tag der Gründung der NVA in geeigneter Weise zu würdigen.

### Vorankündigung

Der Förderkreis »Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals e.V.« bereitet anlässlich des 120. Geburtstages von Ernst Thälmann zusammen mit Parteien, Verbänden und Persönlichkeiten zwei zentrale Veranstaltungen am 26. März 2006 in Berlin vor:

1. Eine Künstler-Matinee (umrahmt vom Ernst-Busch-Chor) um 11.00 Uhr im Theater Karlshorst
2. Eine Kundgebung mit Kranzniederlegung um 14.30 Uhr am Karl-Liebknecht-Haus

## ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

### zum 93. Geburtstag:

Erna Griebel, Kaltemark/Saalkreis  
Gabriele Lohmann, Bln.-Köpenick  
Fritz Zorn, Leipzig

### zum 92. Geburtstag:

Walter Bialek, Chemnitz  
Fritz Dietrich, Dresden  
Marta Schulz, Bln.-Hhsn.

### zum 91. Geburtstag:

Lotte Dommel, Dresden

### zum 90. Geburtstag:

Siegfried Beier, Quedlinburg  
Traudhilde Roch, Bischofswerda  
Werner Wolf, Spremberg

### zum 89. Geburtstag:

Werner Bennè, Schwerin  
Willi Buntrock, Pdm.-Babels.  
Paul Ebert, Bln.-Köpenick  
Ernst Neubert, Cottbus  
Martha Richter, Leipzig

### zum 88. Geburtstag:

Siegfried Gürtler, Rostock

### zum 87. Geburtstag:

Vera Herr, Bln.-Fr'hain  
Wolfgang Mehlhorn, Chemnitz

### zum 86. Geburtstag:

Walter Bodem, Gera  
Heinz Götze, Bernau  
Ruth Kettmann, Bln.-Hellersd.  
Herbert Milich, Bln.-Fr'hain  
Heinz Naschke, Kirchheim  
Charlotte Oertel, Bln.-Hhsn.  
Gerda Primo, Bln.-Pankow  
Johanna Schmidt, Leipzig  
Erich Weber, Gera

### zum 85. Geburtstag:

Erich Fischer, Chemnitz  
Marie-Luise Gittel, Leipzig  
Franz Gittner, Bln.-Fr'felde  
Günther Hauth, Rostock  
Brunhilde Horn, Dresden  
Paul Kurth, Gardelegen  
Heinz Löwe, Leipzig  
Heinz Lutter, Jena  
Franz Philipp, Bln.-Fr'hain  
Wally Rosenthal, Neubrandenbg.  
Erich Rückert, Rostock

### zum 80. Geburtstag:

Marianne Bischoff, Bln.-Li'berg  
Günter von Bloh, Dresden  
Hermann Braatz, Oranienburg  
Christa Eckart, Bln.-Pankow  
Rudi Gerlach, Dessau  
Hans Greiner, Erfurt  
Gerhardt Harwardt, Bln.-Treptow  
Brunhilde Hillmann, Chemnitz  
Erika Hofmann, Bln.-Li'berg  
Hildegard Ismer, Bernau  
Waltraud Koller, Leipzig  
Theodor Köppen, Bln.-Fr'hain  
Erika Krenkel, Rostock  
Alfred Meißner, Bln.-Mitte  
Ruth Müller, Meißen  
Gisela Paschiller, Schwerin  
Günter Peters, Ludwigslust  
Marga Schinkmann, Plauen  
Rudi Seidel, Chemnitz  
Günter Slapke, Dresden  
Gerda Spatzig, Bln.-Fr'felde  
Alfred Stöhr, Stralsund  
Ingeborg Utecht, Bln.-Hhsn.  
Marianne Vogel, Chemnitz  
Günter Wachowitz, Bln.-Hhsn.  
Erich Wichmann, Pdm.-Babels.

Paul Wunderlich, Magdeburg  
Heinz Ziehm, Bln.-Fr'hain

### zum 75. Geburtstag:

Willi Behncke, Rostock  
Walter Berndt, Bln.-Fr'hain  
Harry Bruse, Pdm./Schlaatz  
Harald Bürger, Bln.-Treptow  
Herta Dänner, Bln.-Fr'hain  
Irene Egermann, Bln.-Fr'felde  
Elfriede Enzmann, Leipzig  
Anneliese Fiedler, Bln.-Fr'hain  
Hans Freyherr, Bln.-Li'berg  
Helmut Frömming, Putzar  
Erhard Froese, Chemnitz  
Karl-Heinz Geidel, Leipzig  
Hans Göbel, Bln.-Prenzl.-Berg  
Helmut Greulich, Klostermansfeld  
Gerda Groß, Leipzig  
Manfred Günzel, Bln.-Hellersd.  
Horst Härtel, Cottbus  
Siegfried Hasselmann, Karlshagen  
Herbert Heckerodt, Bln.-Karls.  
Heinz Hirche, Bln.-Köpenick  
Wolf-Dieter Hubert, Bln.-Hhsn.  
Erhard Hübner, Bischofswerda  
Lydia Jonas, Bln.-Hhsn.  
Armin Jungheinrich, Neuenhagen  
Siegfried Kawelke, Görlitz  
Susanne Keil, Chemnitz  
Anneliese Kempe, Unterpörlitz  
Helene Kirchner, Magdeburg  
Helga Klaus, Freiberg  
Anneliese Kleissl, Plessow  
Siegfried Körner, Gera  
Joseph Kößler, Bln.-Pankow  
Hans Kremmer, Saalfeld  
Helmut Krüger, Belgig  
Erich Kruschke, Schönow  
Walter Kube, Dresden

Ingeborg Kühnert, Leipzig  
Christa Lange, Aschersl./Staßfurt  
Horst Lindemann, Cottbus  
Günter Mantey, Pasewalk  
Erika Mehnert, Chemnitz  
Günter Melzer, Pdm.-Babels.  
Harri Meschkank, Bln.-Treptow  
Siegfried Mittelbach, Chemnitz  
Gerhard Morgenstern, Eilenburg  
Marianne Moritz, Leipzig  
Werner Motz, Meiningen  
Rolf Müller, Bln.-Köpenick  
Rolf Müller, Chemnitz  
Dr. Wolfgang Nauschütz, Neustrelitz  
Kurt Nestler, Plauen  
Horst Pantel, Leipzig  
Wolfgang Peter, Bln.-Fr'felde  
Ernst Pohlert, Prenzlau  
Dr. Ernst-Joachim Preysing, Dresden  
Heinz Primus, Bln.-Treptow  
Hildegard Radke, Beeskow  
Werner Reimann, Zeulenroda  
Johanna Röhr, Bln.-Fr'hain  
Wolfgang Rönicke, Delitzsch  
Albert Rosemann, Greifswald  
Günter Rosenmüller, Plauen  
Getrud Roßbach, Görzke  
Rolf Rudloff, Suhl  
Ruth Schirdewahn, Bln.-Prenzl.-Berg  
Winfried Schlage, Suhl  
Rosa Scholz, Gera  
Horst Schwarz, Brandenburg  
Marta Schwarz, Bln.-Fr'hain  
Siegfried Speer, Dresden  
Ingeburg Thiele, Bln.-Fr'felde  
Eberhard Uhlig, Dresden  
Dietmar Unrath, Glindow  
Erna Waschow, Bln.-Treptow  
Helmut Wiesner, Bln.-Treptow  
Hans Wolf, Bln.-Prenzl.-Berg  
Martin Wuhler, Magdeburg  
Manfred Zech, Rostock

## Die AG Recht informiert

### Noch fehlende Änderungsbescheide in E3-Fällen anfordern

Seit einem halben Jahr ist das Erste Gesetz zur Änderung des AAÜG in Kraft. Die Versorgungsträger hatten also genügend Zeit, entsprechenden Änderungsbescheide zu den Entgeltbescheiden zu erlassen. Trotzdem haben einige der von der E3-Regelung Betroffenen solche Bescheide noch nicht erhalten. Die Ursachen dafür können unterschiedlich sein. Jedenfalls ist es an der Zeit, die noch fehlenden Bescheide anzufordern. Dazu empfehlen wir folgenden Antrag:

Absender Datum

Adresse des Versorgungsträgers

Aktenzeichen des Versorgungsträgers:

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
bisher ist mir ein Änderungsbescheid aufgrund des Ersten Gesetzes zur Änderung des AAÜG nicht zugegangen. Die Ihnen dafür nach der Verkündung dieses Gesetzes durch § 88 SGG eingeräumte Frist ist verstrichen.*

*Deshalb beantrage ich,  
den Änderungsbescheid auf der Grundlage des Ersten Gesetzes zur Änderung des AAÜG vom 21. Juni 2005 umgehend zu erteilen.*

*Sollte diesem Antrag nach Ablauf von vier Wochen nicht entsprochen worden sein, behalte ich mir gerichtliche Schritte zur Durchsetzung meines Anspruchs vor.*

*Mit freundlichen Grüßen*

Unterschrift

Zur gerichtlichen Durchsetzung des Anspruchs ist Untätigkeitsklage beim örtlich zuständigen Sozialgericht möglich. Sie kann schriftlich oder beim dortigen Urkundsbeamten eingereicht werden. Dabei sollte sogleich das Einverständnis gegeben werden, dem beklagten Versorgungsträger seine Verwaltungsakte zu belassen, damit er umgehend den Bescheid erteilen kann.

In allen von den Rechtsanwälten und Notaren Bleiberg und Schippert geführten Fällen haben diese den Antrag bereits gestellt

### Fehlerhafte Änderungsbescheide in E3-Fällen

Ob ein Änderungsbescheid aufgrund des Ersten Gesetzes zur Änderung des AAÜG vom 21. Juni 2005 nur ab 1. Juli 2004 oder bereits davor gilt, hängt davon ab, ob davor erteilte Entgeltbescheide am 23. Juni 2004 bestandskräftig waren oder nicht. Dafür hat der Gesetzgeber jedoch andere Regeln bestimmt, als sie für die Entscheidungen auf der Grundlage des 2. AAÜG-ÄndG vom 27. Juli 2001 galten.

Mit dem 2. AAÜG-ÄndG wurde nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. April 1999 auch für die Zeit ab 1. Juli 1993 § 6 Abs. 2 in der Fassung des AAÜG aufgehoben, die ab diesem Zeitpunkt gegolten hatte. Ob danach eine Rente schon ab 1. Juli 1993 neu berechnet und nachgezahlt wurde, hing davon ab, ob ein Entgeltbescheid auf der Grundlage des ab diesem Tage geltenden Rechts am 28. April 1999 nicht bestandskräftig war. Ausgenommen davon blieben die Zeiten, für die die Fassung des § 6 Abs. 2 AAÜG durch das (1.) AAÜG-ÄndG vom 11. November 1996 galt.

Die Fassung des § 6 Abs. 2 AAÜG durch das (1.) AAÜG-ÄndG hatte die Kürzung auf 1,0 Entgeltpunkte auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt. Die sogenannte E3-Regelung war entstanden. Dies hat der Gesetzgeber mit dem Ersten Gesetz zur Änderung des AAÜG beachtet. Nach Art. 2 Abs. 2 dieses Gesetzes sind auf der Grundlage des § 6 Abs. 2 in der Fassung des (1.) AAÜG-ÄndG erteilte Bescheide, also die E3-Bescheide, mit Wirkung ab 1. Januar 1997 zu ändern, wenn sie am 23. Juni 2004 nicht bestandskräftig waren.

Eine reichlich verwickelte Rechtslage. Mindestens die Wehrbereichsverwaltung Ost hat sie offensichtlich noch nicht verstanden. Sie ändert E3-Bescheide bisher auch nur ab 1. Juli 2004, wenn der vorher in der Fassung des § 6 Abs. 2 AAÜG vor dem (1.) AAÜG-ÄndG ergangene Bescheid bestandskräftig wurde. Deshalb muss in den (nur) gegen E3-Bescheide nach dem (1.) AAÜG-ÄndG noch anhängigen Wider-

spruchs- oder Klageverfahren der Änderungsanspruch ab 1. Januar 1997 noch durchgesetzt werden. Darauf müssen die Betroffenen bestehen, bevor eines dieser Verfahren beendet werden kann. Würde also in einem noch offenen Widerspruchsverfahren ein Widerspruchsbescheid erteilt werden, müsste fristgemäß Klage erhoben werden.

Bei den Rechtsanwälten und Notaren Bleiberg und Schippert noch anhängige Verfahren dieser Art werden entsprechend bis zur endgültigen Entscheidung fortgeführt. Wer sein Verfahren bisher selbst geführt hat und in dieser komplizierten Rechtslage Beistand braucht, sollte anwaltliche Hilfe in Anspruch nehmen.



### Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



HORST BALZER, Wismar  
ERICH BERGMANN, Bln.-Fr'felde  
PETER BIENERT, Bln.-Mitte  
WILHELM CERMANN, Petershagen  
DIETER ELGER, Erfurt  
WERNER FREI, Waldenburg  
KURT FREIBERG, Frankfurt/Oder  
DR. GISELA GLÄSEL, Leipzig  
DIETER GRABICKI, Bln.-Köpenick  
HEINZ GRÄFE, Bln.-Mitte  
GOTTHARD HÖRNING, Chemnitz  
NORBERT HOLZMANN, Bln.-Treptow  
DOROTHEA INTER, Pdm.-Zentrum  
HORST JÄNICKE, Bln.-Hellersdorf  
KARL-HEINZ KEPLER, Bln.-Fr'felde  
HEINZ KLÖTZER, Chemnitz  
BRUNO KRIZEK, Bln.-Mitte  
HERBERT KLUGE, Aschersleben  
HANS-JÖRG KRAUSE, Cottbus  
GÜNTER LORENZ, Bln.-Marzahn  
WALDEMAR MELCHER, Bln.-Hhsh.  
FRIEDRICH MÜLLER, Chemnitz  
LIENHARD NITSCHKE, Bln.-Treptow  
NORBERT POLZOW, Kühlungsborn  
GÜNTER SCHMIDT, Bln.-Treptow  
KLAUS SCHNEIDER, Schwerin  
HORST SCHÖNHERR, Reifland  
WILLI SCHOTTMANN, Rostock  
HELMUT SCHREIER, Bln.-Pankow  
KLAUS SCHULZ, Lützen  
HEINZ SCHUMANN, Bitterfeld  
LOTHAR SPROETE, Halle  
RICHARD STOLL, Bln.-Treptow  
HARALD THIELE, Leipzig  
GÜNTHER WARNICK, Rostock  
HEINZ WERNER, Cavertitz  
HANS-JOACHIM WIEMER, Frankfurt/O

### Ehre ihrem Andenken.

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 20.12.2005

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.01.2006

Einstellung im Internet: 03.02.2006

Auslieferung: 09.02.2006

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: [ISOR-Berlin@t-online.de](mailto:ISOR-Berlin@t-online.de)

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Donnerstags von 15 bis 18 Uhr